

02.05.77

Schriftliche Anfrage

Betreff: **Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Katastrophenschutzpläne für Kernkraftwerke**

Gefahren im Umkreis von Kernkraftwerken werden nicht mehr bestritten, möglichen Katastrophen soll durch Katastrophenschutzpläne entgegengewirkt werden. Katastrophenschutzpläne scheinen jedoch als geheime Dienstsachen verstanden und behandelt zu werden.

Dazu frage ich die Staatsregierung:

1. Dienen die Katastrophenschutzpläne vorwiegend dem Objektschutz, dem Bevölkerungsschutz, dem allgemeinen Umweltschutz oder allen drei Schutzbedürfnissen gleichwertig?
2. Wie „geheim“ sind die Katastrophenschutzpläne für die betriebenen und die entstehenden Kernkraftwerke in Bayern?
3. In welchem Umfange und auf welche Weise wird die möglicherweise betroffene Bevölkerung in Bezug auf die sie selbst betreffenden Maßnahmen und ihr erforderliches Verhalten im Katastrophenfall unterrichtet?
4. Auf welche räumlichen Abgrenzungsbereiche und auf welche zeitlichen Wiederholungen erstreckt sich die Aufklärung der von den Katastrophenschutzplänen erfaßten Bevölkerung?

München, den 14. März 1977

Kahler
(SPD)

**Bayerisches Staatsministerium
des Innern**

Nr. ID 4 - 3041/6 - 57

München, den 2. Mai 1977

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

**Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Kahler vom
14. März 1977 betreffend Unterrichtung der Öffent-
lichkeit über die Katastrophenschutzpläne für Kern-
kraftwerke**

Schreiben vom 17. März 1977 B I KA Nr. 13 146/1977

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Kahler beantworte ich wie folgt:

Zu 1.:

Die von den Katastrophenschutzbehörden aufgestellten amtlichen Alarm- und Einsatzpläne für Kernkraftwerke und Forschungsreaktoren dienen grundsätzlich nur dem Katastrophenschutz. Dies schließt jedoch nicht aus, daß die darin enthaltenen Hinweise von den zuständigen Behörden auch als Arbeitsunterlage für Abwehr- und Schutzmaßnahmen bei Ereignissen verwendet werden, die unter der „Katastrophenschwelle“ (vgl. Art. 1 Abs. 1 BayKSG) liegen.

Zu 2.:

Das Staatsministerium des Innern hat im Zusammenhang mit der Herausgabe eines Muster-Katastrophenschutzplanes im Jahr 1975 die Regierungen und Kreisverwaltungsbehörden angewiesen, Katastrophenschutzpläne grundsätzlich mit dem Verschlußgrad „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ einzustufen. Damit soll ausgeschlossen werden, daß potentielle Störer die Alarm- und Einsatzmaßnahmen der Katastrophenschutzbehörden durch gezielte Einwirkungen (z.B. Störung der Fernmeldeverbindungen) behindern könnten.

Zu 3.:

Für den Bereich des Kernkraftwerks KRB Gundremmingen hat das Staatsministerium des Innern im letzten Jahr ein Faltblatt mit Informationen für die Bevölkerung über die Maßnahmen der Katastrophenschutzbehörden herausgegeben, in dem auch Hinweise über das Verhalten bei Unfällen mit Auswirkungen auf die Umgebung enthalten sind. Auf ähnliche Weise soll demnächst auch die Bevölkerung im Bereich des Kernkraftwerks Isar in Ohu und — im weiteren Verlauf — des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld unterrichtet werden.

Zu 4.:

Zunächst ist nur vorgesehen, die im Bereich der sog. „Zentralzone“ (Radius = 2 km) wohnende Bevölkerung mit Hilfe der erwähnten Faltblätter zu unterrichten. Damit ist der Bereich erfaßt, der nach Auffassung der Sachverständigen im ungünstigsten Fall von schädigenden Auswirkungen im Außenbereich unmittelbar betroffen sein könnte. Ergänzend hierzu wird die Bevölkerung über die Presse unterrichtet werden.

Die Aufklärung der Bevölkerung kann in dieser Form regelmäßig, etwa alle 2 Jahre, wiederholt werden. Sie ist zu veranlassen, wenn sich veränderliche Hinweise, z.B. die Fernsprechnummern der angegebenen Dienststellen, geändert haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Merk
Staatsminister